



**TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
ILMENAU**

**Der Informationsbegriff in der
Politikwissenschaft**

Eine historische und systematische Bestandsaufnahme

Gerhard Vowe

Nr. 10

Januar 2004

Diskussionsbeiträge

INSTITUT FÜR MEDIEN- UND
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT



**Der Informationsbegriff in der
Politikwissenschaft**

Eine historische und systematische Bestandsaufnahme

Gerhard Vowe

Nr. 10

Januar 2004

Herausgeber: Der Rektor der Technischen Universität Ilmenau
Redaktion: Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft,
Prof. Dr. Rüdiger Grimm
ISSN 1617-9048

Der Text erscheint in gekürzter Fassung in: Rainer Kuhlen, Thomas Seeger und Dietmar Strauch (Hrsg.): Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation, 5. Ausgabe, München: Saur, 2004

Für Kommentare zu einer früheren Fassung danke ich Rüdiger Grimm und Dietmar Strauch sowie Barbara Keller für die Hilfe bei der Literaturbeschaffung.

Inhaltsübersicht

1. Einleitung: Zum Stellenwert des Informationsbegriffs in der Politikwissenschaft.....	3
2. Der Informationsbegriff in der Geschichte des politischen Denkens.....	4
2.1. Antike.....	4
2.2. Mittelalter.....	5
2.3. Renaissance und Frühe Neuzeit.....	5
2.4. Aufklärung.....	6
2.5. 19. und 20. Jahrhundert.....	7
3. „Information“ in den Paradigmen der modernen Politikwissenschaft.....	9
3.1. Information und individuelles Verhalten.....	9
3.2. Information und symbolische Interaktion.....	10
3.3. Information und korporative Akteure.....	10
3.4. Information und Wahlentscheidung.....	11
3.5. Information und diskursive Verständigung.....	11
3.6. Information und Systemstabilisierung.....	12
3.7. Information und Systemreproduktion.....	12
4. Informationsrelevante Forschungsfelder in der Politikwissenschaft.....	14
4.1. Politik als Policy – Information im Zusammenhang politischer Problemlösung.....	14
4.2. Politik als Politics – Information in politischen Auseinandersetzungen.....	15
4.3. Politik als Polity – Information als Moment politischer Ordnung.....	17
5. „Informationsgesellschaft“ aus politikwissenschaftlicher Sicht.....	19
6. Literatur.....	21

1. Einleitung: Zum Stellenwert des Informationsbegriffs in der Politikwissenschaft

Wie ein Blick in die jeweiligen Fachwörterbücher zeigt, ist der Stellenwert des Informationsbegriffs in der Politikwissenschaft sehr viel geringer als in der Wirtschaftswissenschaft oder in der Psychologie (vgl. z.B. Nohlen 1995 oder Schmidt 1995 mit Asanger/Wenninger 1994 oder Albers 1977/1983). Eine Durchsicht politikwissenschaftlicher Lehrbücher bestätigt diesen Eindruck (vgl. z.B. Münkler 2003), und es findet sich auch kein politikwissenschaftliches Standardwerk, in dem „Information“ eine Titelrolle spielt (vgl. Stammen/Riescher/Hofmann 1997). Die Politikwissenschaft hat keinen spezifisch auf die Belange „kollektiv bindender Entscheidung“ (Parsons 1969) zugeschnittenen Informationsbegriff entwickelt. Offensichtlich meint man in dieser Disziplin, weitgehend ohne expliziten Gebrauch dieser Kategorie auskommen zu können.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass „Information“ *implizit* als eine Grundbedingung politischen Handelns seit jeher im systematischen politischen Denken präsent ist, und zwar in allen Dimensionen eines kommunikationsbasierten Informationsbegriffs (vgl. Janich 1998): sachlich als in kommunikative Form gebrachtes unwahrscheinliches Wissen („Nachricht“), sozial als eine asymmetrische Form von Kommunikation („Unterrichtung“) und prozessual als „Verringerung von Ungewissheit durch Kommunikation“ (Wersig 1971). Eine Abgrenzung dieses pragmatischen Begriffsverständnisses von syntaktisch und semantisch orientierten Fassungen des Informationsbegriffs kann hier nicht erfolgen. Das Spektrum von „Information“ im politischen Denken wird im folgenden zunächst historisch und dann systematisch dargelegt.

2. Der Informationsbegriff in der Geschichte des politischen Denkens

Das, was spät und zunächst nur vereinzelt explizit mit „Information“ bezeichnet wird, kann in der Geschichte des systematischen politischen Denkens über alle Etappen hinweg bis zu dessen Anfängen zurückverfolgt werden (zur generellen Entwicklung des Informationsbegriffs siehe Capurro 1978). Man kann die Geschichte des politischen Denkens mit Gewinn unter dem Informationsaspekt lesen. Dies kann hier selbstverständlich nur angedeutet werden, und es bedürfte einer wesentlich gründlicheren Darlegung, wie „Information“ in die jeweilige Sicht von politischer Kommunikation eingebettet ist (generell dazu siehe Vowe 2003 a).

2.1. Antike

Bereits bei den antiken Ahnherren der politischen Philosophie bildet das, was wir mit „Information“ bezeichnen, einen Eckpfeiler ihrer Gedankengebäude – mit unterschiedlicher Akzentsetzung. *Platon* (427 v. Chr. – 347 v. Chr.) entwirft im „Staat“ (Platon 1975) als Maßstab für reale Ordnungen einen Idealstaat, in dem die Entscheidungen über allgemeine Angelegenheiten von der Idee des Guten geleitet sind. Zur Erkenntnis des Guten und damit zur Leitung des Staates sind die Philosophen vorgesehen – so findet Macht ihre Schranke in der Weisheit. In einer anderen Schrift (Platon 1977) werden die Aufgaben und Eigenschaften des Politikers deutlicher markiert, und damit tritt das Informationsmoment stärker hervor: Der nach Weisheit Strebende erkennt in der Formung durch Erziehung das für alle gemeinsame Gute, er wird davon geleitet und übernimmt die Aufgabe, die widerstreitenden Kräfte durch das Band der Vernunft zusammenzuhalten. *Aristoteles* (384 v. Chr. – 322 v. Chr.) hingegen beantwortet in seinem Werk „Die Politik“ (Aristoteles 2001) die Frage nach dem wohl geordneten Gemeinwesen durch eine empirisch gewonnene Klassifikation der Staatsformen. Sie ist danach gebildet, wie viele regieren und ob und wie sich die Regierenden beraten (lassen). Folglich kann man seine Staatsformen als Informationskonstellationen auffassen. Zudem spielt in seiner erfahrungsbasierten Vorstellung von der Polis die öffentliche Debatte der öffentlichen Angelegenheiten eine zentrale Rolle. Daher rührt der Stellenwert der „Rhetorik“ – dem Vermögen des Redners, die Zuhörer zu bewegen und zu überzeugen (Aristoteles 1995). Einen gänzlich anderen politischen Zusammenhang betrachtet *Thukydides* (ca. 460 v. Chr.– ca. 400 v. Chr). Er sieht als den Kern der Politik die Auseinandersetzung zwischen Mächten; ein Staat muss seine Freiheit gegen andere Staaten bewahren und erweitern. In diesem Zusammenhang bekommt Information im o.g. Sinne ihren Platz: sie ist dann von Bedeutung, wenn die Kontrahenten die Chancen und die Risiken der Auseinandersetzung auf Grundlage von Erfahrung

und Gesetzmäßigkeiten rational kalkulieren oder sich selbst täuschen; und wenn sie sich über ihre Absichten und Maximen in Kenntnis setzen oder einander darüber bewusst täuschen (Thukydides 1993). *Marcus Tullius Cicero* (106 v.Chr. – 43 v.Chr.) schließlich verwendet explizit den Informationsbegriff in einem politischen Kontext – als die Tätigkeit, die der politische Redner vollzieht, wenn er Zusammenhänge in eine anschauliche Form bringt und damit die Erinnerung prägt (Capurro 1978: 81). Damit bildet sie den Schlüssel für die Lenkung des Gemeinwesens durch Männer, die sich dadurch auszeichnen, dass sie ihre Tugenden in der Rede zum Ausdruck bringen können (Cicero 1997; 2001).

Damit haben die politischen Denker der Antike für verschiedene Formen von politischer Information auf Basis der Kommunikation unter Anwesenden – vom Lehrgespräch über die Versammlung bis zur Verhandlung – eine universelle Grundlage geschaffen.

2.2. Mittelalter

An Platon knüpft *Aurelius Augustinus* (354 – 430) an, der mit seinem Werk die politischen Vorstellungen des Mittelalters nachhaltig geprägt hat. In „*De Civitate Dei*“ wird die Bürgerschaft Gottes der Bürgerschaft des Teufels gegenüber gestellt. Dabei spielt „Information“ eine gewichtige Rolle, denn damit bezeichnet er den Prozess, in dem die Menschen durch göttliche Erleuchtung geformt werden und sich an der Gottesliebe statt an der Selbstliebe orientieren (Augustinus 1979). *Thomas von Aquin* (1224 – 1273) schließt hingegen an Aristoteles an. Er gibt dem Informationsbegriff eine pädagogische Bedeutung und begründet mit seinem Werk die Tradition des Fürstenspiegels, der dem Fürsten vorgehalten wird und ihn mit dem Versprechen von Gottes Lohn zu tugendhafter Herrschaft führen soll, insbesondere zu Besonnenheit und Gerechtigkeit (Thomas von Aquin 1994).

2.3. Renaissance und Frühe Neuzeit

An Thukydides wiederum orientiert sich *Niccolò Machiavelli* (1469–1527), der als Bindeglied zwischen Antike, Mittelalter und Neuzeit fungiert. Er deckt die faktischen Regeln des politischen Spiels um Macht auf. Einen zentralen Teil dieses Spiels bilden Information und Kommunikation in allen ihren Varianten – bis hin zu Täuschung des Gegners durch Intrige, Falschinformation und Lüge. Sein Maßstab ist die Nützlichkeit für die Sicherung der Herrschaft des Fürsten – Garant für die Stabilität der politischen Ordnung (Machiavelli 1997). Mit Blick auf die politische Stabilität werden Information und Kommunikation bei *Thomas Hobbes* (1588–1679) zu einem zentralen Problem. Auf dem Hintergrund der Religions- und Bür-

gerkriege des 17. Jahrhunderts entwirft er den modernen Staat und stellt ihn auf die Basis eines Gesellschaftsvertrags. Der Staat hat den Bürgern Sicherheit und Schutz zu gewährleisten und darf dafür Unterwerfung verlangen. Damit die Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppen beendet werden können, wird dem Staat auch die Autorität in geistlichen Streitfragen gegenüber Kirchen und Universitäten übertragen. Kommuniziertes Wissen wird in dieser Optik zu einer Quelle von Zwietracht und Aufruhr, die um so kräftiger sprudelt, je schneller und weiter die Botschaften verbreitet werden können. Information und Kommunikation müssen folglich uneingeschränkter Kontrolle unterworfen werden. Damit ist die Zensur aus dem Gemeinwohl heraus begründet (Hobbes 1966). Die Gegenposition dazu markiert *John Locke* (1632–1704): Er sieht umgekehrt die Rebellion in der Unterdrückung begründet und plädiert für Toleranz, die sich in Grundrechten wie der Religions- und der Pressefreiheit ausdrückt. Er will die um des inneren Friedens willen gebildete Staatsgewalt aufteilen und den einzelnen Teilen abgegrenzte Domänen zuweisen, damit keine Spezialinteressen in übergreifende Machtpositionen gelangen können. Die öffentliche Meinung („Gesetz der Reputation“) und die Presse werden zu einem Moment im System der „Checks and Balances“, zu einem Gegengewicht zur Herrschaft (Locke 1983).

Zwischen diesen Polen wird Information zu einem Element einer sich formierenden bürgerlichen Öffentlichkeit aus Parlament, Parteien und Presse.

2.4. Aufklärung

Mit der Aufklärung rückt das Subjekt in den Mittelpunkt der politischen Konzepte. Von zentraler Bedeutung ist bei *Immanuel Kant* (1724–1804) die Möglichkeit, selbstbestimmt über öffentliche Angelegenheiten zu rätsonnieren und somit von der Vernunft öffentlichen Gebrauch zu machen – nicht nur in politischen, auch in naturphilosophischen, ethischen und ästhetischen Angelegenheiten. Dies wird gedeckt durch die verfassungsrechtliche Garantie von Bürger- und Menschenrechten – insbesondere von individueller Gedanken- und Kommunikationsfreiheit, der „Freiheit der Feder“ (Kant 1985). Die andere Seite wird bei *Jean Jacques Rousseau* (1712–1778) betont: Bei ihm bekommt die öffentliche Kommunikation die Aufgabe, den Gemeinwillen („volonte generale“) zu formen. In diesem Ausdruck der Volkssouveränität sollen die Positionen der Bürger aufgehen, und zwar in einem Prozess der ungefilterten Willensbildung, ohne dass organisierte Sprecher dazwischen treten (Rousseau 1978). Wieder anders wird die Spannung von Individuum und Gesellschaft bei *Adam Smith* (1723–1790) begriffen. Er zeigt, wie der Markt soziale Beziehungen zwischen den eigennütigen

Individuen stiftet. Kognitiv wird dies ermöglicht durch die Fähigkeit der Menschen, sich mit den Augen der anderen zu sehen – ein folgenreiches Modell für das Verständnis von politischer Information und Kommunikation (Smith 1923; Smith 1994).

In dem Spannungsfeld, das diese drei Denker des 18. Jahrhunderts bilden, gewinnt das Konzept der modernen Öffentlichkeit sein Profil – und mit ihm Information und Kommunikation.

2.5. 19. und 20. Jahrhundert

Den Stellenwert von Information im politischen Denken des 19. Jahrhunderts sollen hier drei unterschiedliche Sichtweisen deutlich machen, die in das 20. Jahrhundert hineinragen. In der Sicht von *Karl Marx* (1818–1883) ist kommuniziertes Wissen ein Element des Klassenkampfes. Der gesellschaftliche Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital prägt die politische Kommunikation in unterschiedlicher Weise. Einerseits dient die Öffentlichkeit im Kampf zwischen Fraktionen der Bourgeoisie als Instrument zur Mobilisierung verblendeter Massen (Marx 1988); andererseits wird im publizistischen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Ideologen das proletarische Klassenbewusstsein entwickelt und damit die Klasse „für sich“ konstituiert (Marx/Engels 1953). Am anderen Ende des Spektrums steht *John Stuart Mill* (1806–1873). Er sieht Information und Kommunikation aus der Perspektive des Individuums. Die Gewährleistung einer freien Meinungsbildung ist ein entscheidendes Moment, um eine „Tyrannei der Mehrheit“ zu verhindern und die Freiheit des Individuums zu sichern – die Grundbedingung gesellschaftlichen Fortschritts. Seinen organisatorischen Ausdruck findet dies in einem möglichst plural zusammengesetzten „deliberativen Parlament“, in dem die verschiedenen Vorschläge zur Lösung politischer Probleme öffentlich erörtert werden (Mill 1865; Mill 1988). Eine Synthese dieser entgegengesetzten Ansätze vollzieht der Begründer der politischen Soziologie, *Max Weber* (1864–1920). Er verknüpft die Individual- mit der Strukturebene. Bei ihm wird Kommunikation (und ihre Erforschung) zum *Verstehen von Sinn*, dem Schlüsselbegriff, um das Spezifische sozialen Handelns zu erfassen. Aus den möglichen Sinnzuweisungen, den Handlungsorientierungen, ergeben sich die unterschiedlichen Typen von Handeln (zweckrationales, wertrationales, affektives und traditionales Handeln). Darauf basieren die sozialen Beziehungen (Kampf, Gemeinschaft, Macht und Herrschaft), die jeweils unterschiedliche Organisationsformen annehmen können wie Anstalt oder Betrieb. Die Beziehungen sind eingebettet in eine Ordnung, die so weit gilt, wie sich die Handelnden an ihr orientieren. Auf diese Weise werden soziales Handeln, soziale Beziehungen, Ordnung und Entwicklung systematisch miteinander verschränkt – zwar ohne expliziten Rückgriff auf

den Informationsbegriff, aber mit nachhaltiger Wirkung auf dessen soziologischen Bedeutungsgehalt (Weber 1980).

3. „Information“ in den Paradigmen der modernen Politikwissenschaft

Die moderne Politikwissenschaft hat konkurrierende Paradigmen ausgebildet, die sich auf unterschiedlichen Koordinaten im Spannungsfeld zwischen individuellem politischem Handeln und sozio-politischer Struktur positionieren. Das Spektrum reicht von konsequent individualistischen Ansätzen, bei denen alle politischen Strukturen aus individuellen Entscheidungen erklärt werden, bis zu konsequent funktionalistischen Ansätzen, bei denen alle Formen von Akteuren verschwunden sind.

Für diesen Überblick werden sechs Paradigmen ausgewählt, die auf ihre jeweils eigene Weise den Wandel von politischer Information und Kommunikation im 20. Jahrhundert reflektieren. In ihnen wird „Information“ ein unterschiedlicher Stellenwert zugestanden; wichtiger noch ist, dass jeweils andere Dimensionen des Informationsbegriffs akzentuiert werden. Sie sind nicht chronologisch geordnet, sondern nach ihrer Position auf dem Spektrum von Handlung und Struktur. Die Darstellung ist stark vergrößernd; eine detaillierte Analyse würde etliche Begriffsnuancen aufdecken und damit Beziehungsmuster hervortreten lassen.

3.1. Information und individuelles Verhalten

Den Mikro-Pol markiert *George C. Homans* (1968): Gesellschaft wird konsequent auf *individuelles Verhalten* mit seinen absehbaren und nicht absehbaren, beabsichtigten und nicht beabsichtigten Folgen zurückgeführt. Im Mittelpunkt steht die Rationalitätsannahme: Wenn ein Akteur zwischen Handlungsmöglichkeiten wählen kann, dann wird er diejenige Möglichkeit wählen, deren – nach der Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens gewichteter – Wert subjektiv größer ist als der anderer Möglichkeiten. Jeder Akteur strebt also nach der Maximierung seines Nutzens. Daraus ergeben sich Tauschbeziehungen, die ein mehr oder weniger stabiles Netz aus Kooperations- und Wettbewerbskonstellationen bilden. Mit Belohnung und Bestrafung kann Einfluss auf Handeln genommen werden. Auch politische Information und Kommunikation wird demzufolge als Tauschbeziehung rationaler Entscheider gesehen. Die Möglichkeiten der politischen Information werden in dem Maße genutzt, wie der Ertrag aus dieser Nutzung zum Aufwand in einem günstigen Verhältnis steht. Da der Politik im allgemeinen eine geringe Bedeutung zugemessen wird, bleibt der Aufwand eng begrenzt, den die Bürger bereit sind, in Suche und Nutzung politischer Information zu investieren – eine „rationale Ignoranz“ (Downs 1957). Durch die Arbeiten von *Herbert A. Simon* (1955; 1956) ist diesem Paradigma nicht nur das griffige Label „*Rational Choice*“ zugewachsen, es ist auch die Am-

bivalenz von Information präziser herausgearbeitet worden: Information ist nicht nur mehr oder weniger nützlich für den Entscheider bei der Vorbereitung von Entscheidungen; sie kostet ihn auch mehr oder weniger – vor allem Zeit. Von daher ist es rational, den Informationsaufwand zu begrenzen und sich mit einem zufriedenstellenden Wissen zu begnügen, statt weiter Informationen zu suchen und vollständige Information über alle Umweltbedingungen, Handlungsmöglichkeiten und deren Konsequenzen anzustreben („bounded rationality“). Je nach Aufwand und Ertrag verändern sich dann die Ansprüche an das Informationsniveau und die Anforderungen an den Informationsprozess (z.B. in Form von Regeln für die Beendigung einer Suche nach einer Lösung).

3.2. Information und symbolische Interaktion

Nimmt man hingegen den Ausgangspunkt bei *George H. Mead* (1998) und *Herbert Blumer* (1986) so wird Information zum Teil einer *symbolischen Interaktion*, die nicht mehr einem einzelnen der Beteiligten zugerechnet werden kann. Die Interaktion stützt sich auf wechselseitige Erwartungen (und Erwartungen der Erwartungen) und geteilte Bedeutungsmuster, insbesondere auf die standardisierte oder fallweise ausgehandelte Definition der sozialen Situation, in der sich die Akteure befinden. Daraus entwickeln sich soziale Strukturen, die sich in der Übernahme der Perspektive eines „generalisierten Anderen“ ausdrücken. *Erving Goffman* (1997) hat dies noch einmal akzentuiert. Er legt den Schwerpunkt auf die Präsentation des Selbst, auf die überzeugende Ausfüllung von Rollen und die Kontrolle des Eindrucks, den Personen auf andere machen. Dabei sind die Einordnung der jeweiligen Situation („framing“) und die Veränderung dieser Ordnungsmuster von besonderer Bedeutung für die Wahl der Strategie der Akteure und für die Interpretation der Darstellung durch andere Akteure. Dieses Paradigma wirft ein eigenartiges und gerade deshalb erhellendes Licht auf Information und Kommunikation im politischen Kontext.

3.3. Information und korporative Akteure

Bei *James S. Coleman* (1982; 1990) schieben sich zwischen Individuum und Gesellschaft die *korporativen Akteure*, die Körperschaften, die auf der Basis der ihnen übertragenen Rechte und Ressourcen als eigenständige Einheiten handeln und die ihren Mitgliedern – individuellen Akteuren – Positionen, Interessen und Regeln vorgeben. Für das Handeln der Akteure und ihr Verhältnis spielt Information – im Sinne von Sachwissen – eine mehrfach problematische Rolle: Korporative Akteure prägen die Gesellschaft mehr und mehr, weil sie Informationen kontrollieren. An die Stelle des Vertrauens als sozialer Basis des Verhältnisses individueller

Akteure tritt Information, die von korporativen Akteuren kontrolliert wird. Das Informationsungleichgewicht bildet ein Machtpotential für korporative Akteure (Coleman 1990:189). Noch weiter ins Zentrum rückt der Informationsbegriff bei den organisationstheoretischen Arbeiten, die Organisationen als Entscheidungssysteme sehen, in denen Informationen nach vorgegebenen internen Programmen aus der Umwelt aufgenommen, verarbeitet und abgegeben werden (March/Simon 1958; Cyert/March 1963). Von Information sind die Anpassung an veränderte Bedingungen (organisationales Lernen), die Zielvorgaben und die soziale Strukturierung der Organisation abhängig. Auch dabei werden die Kriterien begrenzt rationalen Entscheidens als maßgebend angesehen.

3.4. Information und Wahlentscheidung

Mit seinen Beiträgen zur Wahl- und zur Medienforschung hat *Paul F. Lazarsfeld* auf eine eigene Weise Mikro- und Makroebene verbunden. Durch ihn hat die explizite Frage nach dem Stellenwert von massenmedialer Information Eingang in die politische Soziologie gefunden. In seiner Antwort verschränkt er *massenmediale und interpersonale Information und Kommunikation*. Medien verändern nicht die Einstellungen der Bürger, sie können sie aber verstärken, wenn die mediale Information – z. B. über politische Themen oder über Kandidaten – Eingang in die Netze interpersoneller Kommunikation finden. Diese Netze sind geprägt durch die sozialstrukturellen Konfliktlinien (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944).

3.5. Information und diskursive Verständigung

Jürgen Habermas (1981) hat den Politikbegriff explizit auf einem emphatischen Kommunikationsbegriff abgestützt, der an den immer schon vorausgesetzten Normen sprachlichen Handelns anknüpft. Politische Kommunikation wird zur *diskursiven Verständigung*. Ausgangspunkt ist die Gegenüberstellung von Lebenswelt und System. Die „Sozialintegration“ der Gesellschaft – ihre Identitätsbildung und Vergewisserung – läuft über sprachliche Verständigung, das kommunikative Handeln. Dafür ist ein Horizont an selbstverständlicher Überzeugung und intersubjektiv anerkanntem Wissen erforderlich – die Lebenswelt. Dem gegenüber steht die „systemische Integration“, die funktionale Koordination der Subjekte durch die Steuerungsmedien Geld und Macht. Gegen die „Kolonialisierung der Lebenswelt“ durch die Ausdehnung der instrumentellen Vernunft setzt er eine eigenständige Rationalisierung der Lebenswelt in Gestalt von Diskursen (der Verständigung darüber, ob die Verständigung vernünftig ist). Damit ist theoretisch ausgearbeitet, was er historisch an der Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit zu demonstrieren versucht hat: im Raisonement der Privatleute über

öffentliche Angelegenheiten bildet sich ein Publikum, das durch die öffentliche Meinung eine Kontrollinstanz gegenüber der öffentlichen Gewalt bildet. Diese bürgerliche Öffentlichkeit zerfällt in der sozialstaatlichen Massendemokratie und mutiert zur manipulativen Öffentlichkeit (Habermas 1962). Sowohl in seiner systematischen als auch in seiner historischen Darlegung findet sich an vielen Stellen der Informationsbegriff – bisweilen auch explizit.

3.6. Information und Systemstabilisierung

Noch akzentuierter von der Makroebene her werden politische Information und Kommunikation im systemtheoretischen Paradigma gedacht. Information wird funktional gesehen als *Stabilisierung sozialer Systeme*. Bei *Talcott Parsons* (1969) und *Robert K. Merton* (1995) steht die Funktion im Mittelpunkt – als Leistungsbeitrag eines Elements in einem nach außen abgrenzbaren Zusammenhang von Elementen, einem System. Diese Perspektive ist in vertikaler und horizontaler Hinsicht variabel: so hat ein System wiederum eine Funktion in einem größeren Zusammenhang. Und der Beitrag eines Elements für ein spezifisches System kann zugleich für einen anderen Systemzusammenhang dysfunktional ausfallen. Bei *David Easton* (1965) wird die Politik konsequent als ein Informationssystem gedacht. Er fragt nach der Möglichkeit von Stabilität eines politischen Systems in einer sich wandelnden Umwelt. Von dort kommen „demands“ und „supports“ als Input, werden im politischen System zu Entscheidungen verarbeitet, die als Output bzw. „outcome“ die Umwelt verändern und damit wiederum die Inputs beeinflussen. Besonders akzentuiert hat den Informationsbegriff *Karl W. Deutsch* (1968) in seinem kybernetischen Modell einer stabilen Demokratie durch stetigen Wandel: Die Regierung wird daran gemessen, inwieweit sie ihre Aufgabe erfüllt, gesellschaftliche Lernprozesse in Gang zu setzen, und umgekehrt ist Macht bei ihm negativ konnotiert als die „Fähigkeit, nicht lernen zu müssen.“

3.7. Information und Systemreproduktion

Niklas Luhmann (1984) markiert den Makro-Pol auf dem Spektrum der Politikwissenschaft. In seiner komplexen Begriffsarchitektur ist Information („eine Differenz, die eine Differenz erzeugt“) eines der Elemente von Kommunikation. Wie alle funktionalen Teilsysteme von Gesellschaft besteht Politik aus nichts anderem als aus Kommunikation. In seinem Begriffsverständnis wird Kommunikation aber konsequent von Subjekten und Interaktion gelöst. Das aus sozialwissenschaftlicher Sicht Eigentliche an Kommunikation und damit auch an Information ist nicht das, was sich Menschen mitteilen. Stattdessen wird Kommunikation begriffen als eine Operation, in der sich ein Funktionssystem wie Politik reproduziert. Mit Kommunika-

tion schafft ein System selbst die Elemente, aus denen es besteht („Autopoiesis“), und zwar nach einer jeweils eigenen Logik. Diese Operation wird als mehrfach selektiver Anschluss an vorangegangene Kommunikation verstanden. Die erste dieser Selektionen ist die Information – das Abtasten der Umwelt auf Überraschendes auf dem Hintergrund der Systemstruktur von Nicht-Überraschendem. Information ist eine spezifische Operation eines Systems, nicht etwas, das aus der Umwelt in das System einging. Die Selektivität der Kommunikation – und damit auch die Information – ermöglicht es dem System, sich von anderen abzugrenzen, die Komplexität der anderen Möglichkeiten zu reduzieren. Kommunikation ist deshalb von Funktionssystem zu Funktionssystem unterschiedlich, weil sie über ein systemspezifisches „Medium“ läuft – in der Wirtschaft über Geld, in der Wissenschaft über Wahrheit, in der Politik über Macht. Diese Medien übertragen reduzierte Komplexität und ermöglichen damit system-spezifische Kommunikation. Macht sorgt für politikspezifische Kommunikation und hält damit die Abgrenzung der Politik von ihrer Umwelt aufrecht. Politik kreist um sich selbst, hat kein anderes Ziel, als sich selbst zu reproduzieren, und ist von außen allenfalls irritierbar. Sie kann ihrerseits die Kommunikation in anderen Funktionssystemen, wie der Wirtschaft oder der Wissenschaft, nur irritieren, sie bildet nicht das Zentrum der Gesellschaft.

4. Informationsrelevante Forschungsfelder in der Politikwissenschaft

Der historische Abriss und das Spektrum der grundlegenden Paradigmen bilden die Basis für eine systematische Darstellung der aktuellen Forschungsfelder. Sie gliedert sich nach den Facetten des Politikbegriffs. Denn für die Thematisierung von „Information“ in einem politischen Kontext ist maßgebend, ob man Politik als Gestaltung, als Auseinandersetzung oder als Ordnung sieht; in angelsächsischer Terminologie: ob man Information unter dem Policy-, dem Politics- oder dem Polity-Aspekt behandelt.

4.1. Politik als Policy – Information im Zusammenhang politischer Problemlösung

Im Kontext von Politik als Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse ist „Information“ in dreifacher Hinsicht von Bedeutung: als Quelle für politische Problemlösung („Information für Politik“), als Instrument politischer Problemlösung („Politik durch Information“) und als Gegenstand von Politik („Politik für Information“).

Zum einen geht es um *Information für Politik*: Die Politikberatung hat sich seit den sechziger Jahren in einem enormen Maße verwissenschaftlicht. Die substantiellen und institutionellen Voraussetzungen und Folgen dieses Prozesses sind Gegenstand einer intensiven Forschung (im Überblick: Murswieck 1994). In diesen Zusammenhang gehört auch die Modernisierung von Politik und öffentlicher Verwaltung durch Einführung von Planungs- und Budgetierungssystemen, neuerdings von Wissensmanagementsystemen und von betriebswirtschaftlichen Formen der Verwaltungsorganisation (Nullmeier 2003).

Zum anderen geht es um *Politik durch Information*: Politische Problemlösung kann sich unterschiedlicher Instrumentarien bedienen: Informative und kommunikative Instrumente können substitutiv oder komplementär zu regulativen oder distributiven Instrumenten eingesetzt werden. Information ist dann unter dem Aspekt der funktionalen Äquivalenz zum Einsatz anderer Instrumente zu bewerten: Kann z. B. ein gesundheitspolitisches Ziel wie die Verringerung des Rauchens besser durch Ge- und Verbote, durch An- und Abreize oder durch positive oder negative Aufklärungskampagnen erreicht werden? Die Forschung hat die unterschiedliche Wirksamkeit dieser Instrumente untersucht (Margat/Viscusi 1992; Rice 1989; Röttger 2002). Man geht nunmehr von eher moderaten Effekten aus. Langfristig, indirekt und adressatenspezifisch können Wissen, Einstellungen und Handeln beeinflusst werden. Grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass in der entsprechenden Kampagne der Adressat als

Tauschpartner begriffen wird, dem man attraktive Äquivalente für seine Aufmerksamkeit, seine Informationsaufnahme, seinen Einstellungswandel und sein Handeln anbietet – z. B. Erhöhung des Selbstwertgefühls, Möglichkeit für Kontakte u.a.m. Botschaften sind besonders erfolgreich, wenn sie glaubwürdig bei einer Entscheidung für die positive Seite Belohnungen verheißen und bei einer Entscheidung für die negative Seite Bestrafungen androhen, z. B. Einkommensverluste oder Sicherheitseinbußen. Darüber hinaus hat die Forschung die Ambivalenz von Information und Kommunikation unter diesem Aspekt herausgearbeitet. Grundlegend dafür ist der Terminus der „Symbolischen Politik“ (Edelman 1985; Sarcinelli 1987) in seiner Mehrfachbedeutung von Ersatz, Substanz und Vermittlung von Politik.

Zum dritten geht es um *Politik für Information*. Informationspolitik ist ein so facetthafter Bereich, dass hier die bloße Nennung von Themenfeldern ausreichen muss (Literaturangaben bei Becker 2003):

- Schaffung einer Infrastruktur für die Informationsversorgung in allen Bereichen und Ebenen – von der öffentlichen Bibliothek bis zu Fachinformationszentren
- Förderung der Nutzung von computervermittelter Kommunikation – vom Einsatz in Schulen bis zur Überbrückung des „Digital Divide“ im Weltmaßstab
- Regulierung des Einsatzes von Informationssystemen durch nationale und supranationale Schutzvorschriften – vom Arbeitsschutz (ergonomische Vorschriften) bis zum Schutz der Privatsphäre (Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“)
- De-Regulierung bei Informationsbeschränkungen (z.B. Erlaubnis vergleichender Werbung)
- Durchsetzung regionaler und weltweiter Regeln für Information – von technischen Standards (z. B. von Domainbenennungen im Rahmen der ICANN) über Produktinformationen (z.B. genormte Sicherheitshinweise und Inhaltskennzeichnungen) bis zu sozialpolitischen Rechten (z. B. der Gewährleistung eines Grundrechts auf freien Zugang zu Information durch die UNESCO).

4.2. Politik als Politics – Information in politischen Auseinandersetzungen

Im Kontext von Politik als Politics wird Information zu einem Element der Auseinandersetzung zwischen politischen Akteuren. Dies betrifft unterschiedliche Arenen der Auseinandersetzung mit einer jeweils anderen Akteurskonstellation. Drei unterschiedliche Schauplätze stehen im Mittelpunkt der Forschung, die zunehmend ökonomische Ansätze zur Modellierung

der Auseinandersetzungen als Informationskonstellationen anwendet (spieltheoretische Modelle, Principal-Agent-Modelle u.a.m.; vgl. Braun 1999).

Zum einen ist Gegenstand der Forschung, welche Rolle Information im *Wahlkampf* spielt. Für die Modelle, mit denen Wählerentscheidungen erklärt und vorausgesagt werden sollen, ist von entscheidender Bedeutung, welchen Stellenwert man den Informationen zu aktuellen politischen Themen und zu den jeweiligen Kandidaten im Verhältnis zu den eher „informationsarmen“ langfristigen Parteiidentifikationen und Wertorientierungen einräumt. Die Gewinnung der mehr werdenden Unentschlossenen nimmt an Bedeutung gegenüber der Mobilisierung der weniger werdenden Stammwähler zu. Damit steigt die Bedeutung von aktuellen Themen und von Kandidatenimages – und von Information dazu. Dies hat zur Entwicklung von Konzepten der Wahlkampfkommunikation geführt, die unter dem Stichwort „Amerikanisierung“ kontrovers diskutiert werden (Vowe/Wolling 2000).

Über die Beteiligung an Wahlen hinaus wird Information als eine zentrale Voraussetzung für *Partizipation* gesehen, also für die intentionale Beeinflussung politischer Entscheidungen durch die einzelnen Bürger. In den gängigen Typologien von Partizipation bildet die Nutzung politischer Medieninformation den Sockel, auf dem anspruchsvollere Partizipationsaktivitäten aufbauen (Gabriel/Brettschneider 1998). Von daher bildet medial vermittelte politische Information eine Voraussetzung für die Einbeziehung der Bürger in das politische System. Tatsächlich lässt sich empirisch feststellen, dass der demoskopisch feststellbare Anstieg des politischen Interesses in den 60er Jahren zu einem gewichtigen Teil aus der Verbreitung des Fernsehens zu erklären ist (Noelle-Neumann 1974). Allerdings ist die Wahrnehmung der gestiegenen Chancen zur Partizipationskommunikation sozial ungleich verteilt. Deutlich wird dies bei der Nutzung der Online-Medien für politische Zwecke (siehe dazu Emmer/Vowe 2004).

Auch die *internationalen Auseinandersetzungen* haben sich in einem rasanten Tempo „informatisiert“. Dies beginnt dabei, in welchem Maße Konfliktparteien in regionalen Auseinandersetzungen mittlerweile versuchen, die Weltöffentlichkeit bzw. die Öffentlichkeit in bestimmten Schlüsselnationen durch Informationen und spektakuläre Aktionen zu mobilisieren und für ihre Zwecke zu nutzen. Dies setzt sich darin fort, dass die Forschung verstärkt feststellt, in welchem Maße kognitive Schemata und kollektive Deutungsmuster das Handeln gerade in internationalen Auseinandersetzungen bestimmen (Nullmeier 2003). Und dies endet bei der Veränderung der militärischen Auseinandersetzungen: Informations- und Kommunikations-

technologien spielen in allen Phasen der Vermeidung und der Durchführung von Kriegen mittlerweile eine zentrale Rolle (Jäger 1998).

4.3. Politik als Polity – Information als Moment politischer Ordnung

Einen dritten und letzten Aspekt bildet die Sicht von Politik als Polity. Information wird dann von der Forschung in den Zusammenhang politischer Ordnung gestellt, und zwar als Voraussetzung, als Ergebnis und als Veränderung politischer Ordnung.

Eine zentrale *Voraussetzung legitimer politischer Ordnung* bildet Information in Gestalt der Vermittlung politischen Grundwissens durch die Pädagogik, ohne die eine demokratische Staatsbürgerkultur nicht denkbar wäre. Insofern ist Information ein tragendes Moment von politischer Kultur (Almond/Verba 1963); sie beeinflusst die Identifikation mit dem politischen System und die Überzeugung von der Wirksamkeit eigenen politischen Handelns.

Umgekehrt ist politische Information ein *Ergebnis* politischer Ordnung. Die politische Ordnung bildet den Rahmen für den Zugang zu und die Vermittlung von politischer Information. Im Wissen um die politische Bedeutung von Information setzt die Politik insbesondere der politischen Information in den Medien politische Regeln (Ronneberger 1978; Vowe 2003 b). Ein Teil dieser Regeln sind grundlegende Ordnungsentscheidungen, die dem Mediensystem eine eher liberale oder eine eher sozialstaatliche oder eine eher autoritäre Orientierung geben (Schramm/Siebert/Peterson 1956). Die komparative Forschung hat deutlich gemacht, welche Varianz man zwischen Nationen auch bei gleichartigen politischen und ökonomischen Bedingungen findet (vgl. Kleinstauber 1993). Der Forschung ist es aber erst ansatzweise gelungen, die normativen Forderungen wie Vielfalt oder Qualität zu operationalisieren und in systematische Ländervergleiche einzubringen – aus denen sich wiederum Konsequenzen für die Gestaltung des Mediensystems ergeben könnten.

In der deutschen Debatte zur Ordnung der politischen Kommunikation dominiert eine verfassungsrechtliche Auffassung, derzufolge die medienpolitische Ordnung in erster Linie die zentrale Funktion von Medien sichern soll, nämlich eine freie politische Meinungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft zu gewährleisten. Die grundgesetzliche Medienfreiheit ist damit nicht nur Gebot einer Staatsferne der Medien, sondern darüber hinaus Auftrag für ein aktives staatliches Handeln; dies soll vor allem sichern, dass sich jeder aus unterschiedlichen Quellen ungehindert informieren kann. Daraus folgen die „öffentliche Aufgabe“ der Presse, die be-

sondere Konstruktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zahlreiche Regulierungsentscheidungen, z. B. zur Anbieterstruktur im privaten Rundfunk und zum Schutz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegenüber der privaten Konkurrenz. Die politische Garantie einer angemessenen Finanzierung über Gebühren ist mit einem erheblichen Einfluss insbesondere der Parteien auf organisations-, programm- und personalpolitische Entscheidungen der öffentlich-rechtlichen Anbieter verbunden (Hoffmann-Riem/Schulz 1998). Infolgedessen ist die Rundfunklandschaft stark politisch geprägt.

Und schließlich werden mit politischer Information auch *Veränderungen* des Institutionengefüges verbunden und ganz überwiegend negativ gesehen. Zum einen hat die Forschung darauf hingewiesen, dass mit der Verwissenschaftlichung von Politik die Entmachtung demokratisch legitimer Organe einhergehe. Entscheidungen verlagerten sich aus dem Parlament in von Sachverständigen dominierten Gremien (Beck 1986). Zum anderen wird von der Forschung festgestellt, dass die Medien an Gewicht gegenüber den traditionellen politischen Akteuren gewinnen und mehr und mehr die Regeln des politischen Spiels bestimmen (Altheide/Snow 1979; Meyer 2001). „Mediokratie“ und „Expertokratie“ sind also mit den informationellen Veränderungen identifizierte Degenerationen des politischen Systems.

5. „Informationsgesellschaft“ aus politikwissenschaftlicher Sicht

Die Durchsicht der Forschungsfelder hat deutlich gemacht, wie breit das Spektrum der politikwissenschaftlichen Probleme ist, bei denen Information eine tragende Rolle spielt. Ohne es szientometrisch belegen zu können, sei die Behauptung gewagt, dass die Kategorie Information in den letzten Jahren stark an Bedeutung für die politikwissenschaftliche Forschung gewonnen hat. Es wurde sogar von einer „kognitiven Wende“ in der Politikwissenschaft gesprochen (Nullmeier 1997).

Dies hat zum einen innerwissenschaftliche Gründe: Der psychologische und vor allem der wirtschaftswissenschaftliche Einfluss auf die politikwissenschaftliche Forschung ist erheblich gestiegen. Die Prominenz des Rational-Choice-Ansatzes in allen Teilgebieten ist dafür ein deutliches Indiz. Dadurch werden auch informationelle Aspekte politischen Handelns stärker als früher berücksichtigt.

Der Hauptgrund für diese Veränderung ist aber das Ausmaß, in dem Information gesellschaftlich an Boden gewonnen hat. Insofern ist die Veränderung der Politikwissenschaft ein verzögerter Reflex auf gesellschaftliche Veränderungen – nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer, sozialer und kultureller Art. Mit der Kybernetik wurde der „Information“ neben Materie und Energie ein eigener Status zugestanden (Wiener 1996). Auf Basis dieser neu gewonnenen Dignität als einer ubiquitären Kategorie setzte der Siegeszug der Informationsperspektive durch alle gesellschaftlichen Bereiche ein. Mit der Kennzeichnung unserer Gesellschaft als „Informationsgesellschaft“ ist versucht worden, diese Veränderung begrifflich zu fassen und entsprechende Indikatoren zu entwickeln, um den Wandel präzise und im Vergleich beobachten (und gestalten!) zu können. *Daniel Bell* hat 1973 mit seiner „Postindustriellen Gesellschaft“ für alle diese Ansätze die Folie geliefert, auf der die oben angeführten Forschungsfelder als Facetten einer Gesellschaft im Wandel zu interpretieren sind. Im Gegensatz zu vergangenen Gesellschaftsformen drehe sich unsere Gesellschaft um die Achse des theoretischen Wissens. Der Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus und der beruflichen Qualifikationsanforderungen, die Verschiebung der Beiträge volkswirtschaftlicher Sektoren zum Bruttosozialprodukt (weg von Landwirtschaft und Industrie, hin zu Dienstleistungen und Information; vgl. Machlup 1962), die Universalisierung von Computern und Telekommunikation – alles dies seien nur Indikatoren für diese Achsenverschiebung, aus der sich das „information age“ entwickle (Bell 1999). Andere Konzepte wie die „Dienstleistungsge-

sellschaft“ (Gershuny/Miles 1983), die „Wissengesellschaft“ (Stehr 1994) oder die weltweite „Netzwerkgesellschaft“ (Castells 1996) knüpfen daran an, setzen aber die Akzente auf anderen Dimensionen des Informationsbegriffs.

Damit stellt sich drängender als je zuvor für die Politikwissenschaft die Notwendigkeit, für ihre spezifischen Fragestellungen und Verwendungszusammenhänge einen eigenständigen Informationsbegriff zu entwickeln, der auf die Bedingungen „kollektiv bindenden Entschei- dens“ ausgerichtet ist. Dabei – und das sollte in diesem Beitrag gezeigt werden – bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, an etablierte politikwissenschaftliche Denkweisen anzuschließen.

6. Literatur

- Albers, Willi** (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Stuttgart u.a., 1977-1983.
- Almond, Gabriel und Verba, Sidney**: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Newbury Park, 1963.
- Altheide, David L. und Snow, Robert P.**: Media Logic, Newbury Park, CA, 1979.
- Aristoteles**: Rhetorik, hrsg. von Sieveke, Franz G., 5. Aufl., München, 1995.
- Aristoteles**: Die Politik, hrsg. von Hoeffe, Otfried, Berlin, 2001 (entstanden 335 v. Chr.; erschienen zuerst ca. 1469; dt. zuerst 1802).
- Asanger, Roland und Wenninger, Gerd** (Hrsg.): Handwörterbuch Psychologie, Weinheim, 1994.
- Augustinus, Aurelius**: Vom Gottesstaat, hrsg. von Perl, Carl Johann, Paderborn, 1979 (entstanden 413-426; erschienen zuerst 1468).
- Beck, Ulrich**: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main, 1986.
- Becker, Konrad u.a.**: Die Politik der Infosphäre, Opladen, 2003.
- Bell, Daniel**: The Coming of the Post-Industrial Society, New York, 1999 (zuerst 1973).
- Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd und Jarren, Otfried** (Hrsg.): Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft, Wiesbaden, 2003.
- Blumer, Herbert**: Symbolic Interactionism. Perspective and Method, Berkeley, 1986.
- Braun, Dietmar**: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft, Opladen, 1999.
- Capurro, Rafael**: Information. Ein Beitrag zur etymologischen und ideengeschichtlichen Begründung des Informationsbegriffs, München, 1978.
- Castells, Manuel**: The Information Age. Vol.1. The Rise of the Network Society, Oxford, 1996.
- Cicero, Marcus Tullius**: De re publica / Vom Gemeinwesen, hrsg. von Büchner, Karl, Stuttgart, 1997.
- Cicero, Marcus Tullius**: De oratore/ Vom Redner, hrsg. von Merklin, Harald, Stuttgart, 2001.
- Coleman, James S.**: The Asymmetric Society, Cambridge, 1982.
- Coleman, James S.**: Foundations of Social Theory, Cambridge, 1990.
- Cyert, Richard M. und March, James G.**: A Behavioral Theory of the Firm, Englewood Cliffs, 1963.

- Deutsch**, Karl W.: *The Nerves of Government*, New York, London, 1968.
- Downs**, Anthony: *An Economic Theory of Democracy*, New York, 1957.
- Easton**, David: *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965.
- Edelman**, Murray: *The Symbolic Uses of Politics*, Urbana, 1985.
- Emmer**, Martin und **Vowe**, Gerhard: Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 45. Jg., H. 2, 2004, i.E.
- Gabriel**, Oscar W. und **Brettschneider**, Frank: Politische Partizipation, in: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, hrsg. von Jarren, Otfried, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer, Opladen, Wiesbaden, 1998, S. 285-291.
- Gershuny**, Jonathan I. Und Miles, I.D.: *The New Service Economy. The Transformation of Employment in Industrial Societies*, London, 1983.
- Goffman**, Erving: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*, 6. Aufl., München, 1997 (zuerst 1956).
- Graber**, Doris A.: *Processing the News*, New York u.a., 1986.
- Habermas**, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied und Berlin, 1962.
- Habermas**, Jürgen: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt am Main, 1981.
- Hobbes**, Thomas: *Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hrsg. von Fetscher, Iring, Neuwied, Berlin, 1966 (zuerst 1651).
- Hoffmann-Riem**, Wolfgang und **Schulz**, Wolfgang: Politische Kommunikation – Rechtswissenschaftliche Perspektiven, in: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*, hrsg. von Jarren, Otfried, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer, Opladen, Wiesbaden, 1998, S. 154-172.
- Homans**, George Caspar: *Elementarformen sozialen Verhaltens*, Köln, 1968.
- Jäger**, Thomas: Außenpolitische Kommunikation, in: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, hrsg. von Jarren, Otfried, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer, Opladen, Wiesbaden, 1998, S. 516-524.
- Janich**, Peter: Informationsbegriff und methodisch-kulturalistische Philosophie, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 9 (1998) 2, S. 169-182; 252-268
- Jarren**, Otfried, **Sarcinelli**, Ulrich und **Saxer**, Ulrich (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen, Wiesbaden, 1998.
- Jarren**, Otfried und **Donges**, Patrick: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden, 2002.
- Kant**, Immanuel: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, hrsg. von Dumke, Fred, Berlin, 1985 (zuerst 1795).

- Kleinsteuber**, Hans J.: Mediensysteme in vergleichender Perspektive, in: Rundfunk und Fernsehen, 41. Jg., H. 3, 1993, S. 317-338.
- Lazarsfeld**, Paul F., **Berelson**, Bernhard und **Gaudet**, Hazel: The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign, New York, 1944.
- Locke**, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung, hrsg. von Euchner, Walter, Frankfurt am Main, 1983 (zuerst 1689).
- Luhmann**, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main, 1984.
- Machiavelli**, Niccolò: Der Fürst, hrsg. von Günther, Horst, Frankfurt am Main, 1997 (erschienen zuerst 1532, dt. zuerst 1714).
- Machlup**, Fritz: The Production and Distribution of Knowledge in the United States, Princeton, 1962.
- March**, James G. und **Simon**, Herbert A.: Organizations, New York, 1958.
- Margat**, Wesley A. und **Viscusi**, W. Kip: Informational Approaches to Regulation, Cambridge, 1992.
- Marx**, Karl und **Engels**, Friedrich: Deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten, Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, Berlin, 1953 (dt. zuerst 1932).
- Marx**, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin, 1988 (zuerst 1869).
- Mead**, George Herbert: Geist, Identität und Gesellschaft. Aus der Sicht des Sozialbehaviorismus, Frankfurt am Main, 1998 (zuerst 1934).
- Merton**, Robert K.: Soziologische Theorie und soziale Struktur, Berlin, 1995 (zuerst 1949).
- Meyer**, Thomas: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt am Main, 2001.
- Mill**, John Stuart: Considerations on Representative Government, London, 1865 (zuerst 1861).
- Mill**, John Stuart: Über die Freiheit, Stuttgart, 1988 (zuerst 1859).
- Murswieck**, Axel (Hrsg.): Regieren und Politikberatung, Opladen, 1994.
- Münkler**, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek, 2003.
- Noelle-Neumann**, Elisabeth: Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie. Eine sozialpsychologische Interpretation der Bundestagswahl 1972, in: Auf der Suche nach dem mündigen Wähler. Die Wahlentscheidung 1972 und ihre Konsequenzen, hrsg. von Just, Dieter und Lothar Romain, Bonn, 1974, S. 161-205.
- Nohlen**, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, München, 1995.
- Nora**, Simon und **Minc**, Alain: Informatisierung der Gesellschaft, Frankfurt a.M., 1979.

Norris, Pippa: Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide, Cambridge, New York, Oakleigh u.a., 2001.

Nullmeier, Frank: Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch- dialektisches Handlungsmodell, in: Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung, hrsg. von Héritier, Adrienne, Opladen, 1993, S. 175-196.

Nullmeier, Frank: Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft, in: Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz, hrsg. von Benz, Arthur und Wolfgang Seibel, Baden-Baden, 1997, S. 101-144.

Nullmeier, Frank: Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft, in: Politikwissenschaft: Ein Grundkurs, hrsg. Von Münkler, Herfried, Reinbeck, 2003, S. 285-323.

Parsons, Talcott: Politics and Social Structure, New York, 1969.

Pfetsch, Frank R.: Theoretiker der Politik, Paderborn, 2003.

Platon: Der Staat, in: Sämtliche Werke, hrsg. von Otto, Walter F., Ernesto Grassi und Gert Palmböck, Reinbek, 1975, Band 3 (entstanden 380 v. Chr.; erschienen zuerst ca. 1482; dt. zuerst 1780).

Platon: Der Politiker, in: Sämtliche Werke, hrsg. von Otto, Walter F., Reinbek, 1977, Band 5 (entstanden ca. 365 v. Chr.; zuerst ca. 1482; dt. zuerst 1786).

Rice, Ronald E. (Hrsg.): Public Communication Campaigns, London, New Delhi, 1989.

Ronneberger, Franz: Kommunikationspolitik. Teil I: Institutionen, Prozesse, Ziele, Mainz, 1978.

Rousseau, Jean-Jacques: Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig, 1978 (zuerst 1762).

Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit, 2. Aufl., Wiesbaden, 2002.

Sarcinelli, Ulrich: Symbolische Politik, Opladen, 1987.

Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn, 1998.

Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart, 1995.

Schramm, Wilbur, Siebert, Fred S. und Peterson, Theodore: Four Theories of the Press, Urbana, 1956.

Schulz, Winfried: Politische Kommunikation, in: Öffentliche Kommunikation. Handbuch Medien- und Kommunikationswissenschaft, hrsg. von Bentele, Günter, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren, Wiesbaden, 2003, S. 458-480.

Simon, Herbert A.: A Behavioral Model of Rational Choice, in: The Quarterly Journal of Economics, 69. Jg., 1955, S. 99-118.

Simon, Herbert A.: Rational Choice and the Structure of the Environment, in: Psychological Review, 63. Jg., 1956, S. 129-138.

- Smith, Adam:** Eine Untersuchung über Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, hrsg. von Waentig, Heinrich, Jena, 1923 (zuerst 1776).
- Smith, Adam:** Theorie der ethischen Gefühle, hrsg. von Eckstein, Walther, Hamburg, 1994 (zuerst 1759).
- Stammen, Theo, Riescher, Giesela und Hofmann, Wilhelm (Hrsg.):** Hauptwerke der politischen Theorie, Stuttgart, 1997.
- Stehr, Nico:** Knowledge Societies, London, 1994.
- Stigler, George J.:** The Economics of Information, in: The Journal of Political Economy, 69. Jg., 1961, S. 213-225.
- Thomas von Aquin:** Über die Herrschaft der Fürsten, Stuttgart, 1994 (entstanden ca. 1270; erschienen zuerst ca. 1472).
- Thukydides:** Geschichte des Peloponnesischen Krieges, hrsg. Von Landmann, Georg Peter, München, 1993 (entstanden ca. 430 v. Chr.; zuerst 1502; dt. zuerst 1533).
- Vowe, Gerhard:** Politische Kognition. Umriss eines kognitionsorientierten Ansatzes für die Analyse politischen Handelns, in: Politische Vierteljahresschrift, 35. Jg., H. 3, 1994, S. 423-447.
- Vowe, Gerhard und Wolling, Jens:** Amerikanisierung des Wahlkampfes oder Politisches Marketing, in: Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, hrsg. von Kamps, Klaus, Wiesbaden, 2000, S. 57-92.
- Vowe, Gerhard:** Politische Kommunikation, in: Politikwissenschaft: Ein Grundkurs, hrsg. von Münkler, Herfried, Reinbek, 2003 a, S. 519-552.
- Vowe, Gerhard:** Medienpolitik – Regulierung der medialen öffentlichen Kommunikation, in: Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft, hrsg. von Bentele, Günter, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren, Wiesbaden, 2003 b, S. 210-227.
- Weber, Max:** Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von Winckelmann, Johannes, Tübingen, 1980 (zuerst 1922).
- Wersig, Gernot:** Information – Kommunikation – Dokumentation. Ein Beitrag zur Orientierung in der Informations- und Dokumentationswissenschaft, Pullach, 1971.
- Wiener, Norbert:** Cybernetics or Control and Communication in the Animal and Machine, Cambridge, 1996 (zuerst 1948).